

RAINBOW PAPER II

von der Zivilgesellschaftlichen Plattform für Interkulturellen Dialog

*HINWEIS: Konsultations-Dokument (Übersetzung aus dem Englischen.)
Bitte lesen Sie die Einführung zu dieser Konsultation
auf rainbowplattform.labforculture.org*

Inhalt

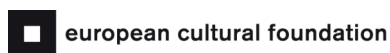
TEIL I: Die Rainbow-Plattform

- | | |
|------------------------|---|
| 1. Bildung and Aufgabe | 1 |
| 2. Hintergrund | 2 |
| 3. Terminologie | 4 |

TEIL II: Ermutigung zum Handeln

- | | |
|--|----|
| 1. Vorüberlegungen zu den Empfehlungen | 6 |
| 2. Freiwillige Verpflichtungen für zivilgesellschaftliche Organisationen | 7 |
| 3. Empfehlungen für europäische Maßnahmen | 10 |

Die Plattform wurde initiiert von:



The European Forum
for the Arts and Heritage

Die Plattform wird gefördert durch:



TEIL I: Die Rainbow-Plattform

1. Bildung und Aufgabe

Die *Zivilgesellschaftliche Plattform für Interkulturellen Dialog*, die *Rainbow-Plattform*, wurde im Jahr 2006 von ECF (European Cultural Foundation) und EFAH (European Forum for the Arts and Heritage) initiiert¹. Die Rainbow-Plattform zählt mehr als 200 zivilgesellschaftliche Organisationen und deren einzelne Mitglieder, die mit interkulturellem Handeln in ganz Europa befasst sind – auf lokaler, nationaler und internationaler Ebene. Die Plattform bringt das Bedürfnis nach einem frischen, gebündelten interkulturellen Bemühen in Europa zum Ausdruck. Sie möchte auf drei Ebenen zu einem Wandel in Europa beitragen: gesellschaftlich (demokratische Integration und mehr Gleichberechtigung), organisatorisch (innerhalb von Organisationen und Wahlkreisen) und mittels eines Richtungswandels in der Politik.

Wir folgen dem Grundprinzip, dass sektorübergreifende Zusammenarbeit zu einer besseren Politik führt – wir wollen lernen und über weite Bereiche Fachkenntnis miteinander teilen. Wir sind überzeugt davon, dass die Spaltungen im Handeln und Denken überwunden werden müssen – und zwar sowohl in der Bildungs- wie in der Sozial- und Jugendpolitik, in der Innenpolitik und im Justizwesen – einschließlich Fragen der Migration und Menschenrechte – bis hin zu Kunst und Kultur.

Das erste Arbeitsjahr der Plattform gipfelte im Rainbow-Paper „Practice Makes perfect: A Learning Framework for Intercultural Dialogue“ (Übung macht den Meister: Ein pädagogischer Rahmen für den interkulturellen Dialog) [Pdf]. Es stellte Sichtweisen zum Thema vor, über die sich das gesamte Spektrum der in der Plattform vertretenen Arbeitsfelder verständigen konnte. Nach einer äußerst erfolgreichen Präsentation auf der Eröffnung des Europäischen Jahres des interkulturellen Dialogs (European Year of Intercultural Dialogue) im Januar 2008 begannen wir, diese Ansätze zu Empfehlungen weiterzuentwickeln. Das hier vorliegende Rainbow-Papier II ist das Ergebnis.

2. Hintergrund

Millionen Menschen sind heute in der Welt „on the move“, in Bewegung. In der Folge ist Migration zu unserer kulturellen, sozialen und politischen Realität geworden. Mobilität – die wir als „Interkulturalität in der Praxis“ bezeichnen könnten – nimmt tagtäglich zu. Immigranten aus der ersten, zweiten und dritten Einwanderungsgeneration, die mit je einem Fuß in mehreren Kulturen stehen, gemischte Paare und ihre Kinder usw. werden zu einem häufig anzutreffenden Phänomen in den europäischen Gesellschaften. Allmählich verändern und bereichern sie die Bedeutung dessen, was es heißt, ein Europäer zu sein.

Die Plattform ist überzeugt davon, dass Mobilität die europäische Gesellschaft bereichert – durch neue Menschen, neue Ideen, neue kulturelle Ausdrucksformen, neue Ressourcen, neue Identitätsentwürfe. Doch die Auswirkungen sind nach wie vor ungewiss. Mobilität hat

¹ The Rainbow-Plattform wird unterstützt durch das Network of European Foundations (NEF), ein Konsortium der folgenden Partner: Compagnia di San Paolo, European Cultural Foundation, Evens Foundation, Fondation Bernheim, Freudenberg Stiftung, Riksbankens Jubileumsfond.

das Potential, die Bedeutung ethnischer Herkunft zu vermindern. Sie könnte aber auch ethnische Zugehörigkeit zum Kernelement der Erfahrung von Einzelnen oder der von Gruppen machen. Zukünftige Entwicklungen werden das zeigen. Bei der Interkulturalität, dem Schwerpunkt unserer Rainbow-Plattform, geht es weder um die Assimilation dieser kulturellen Unterschiede, noch geht es darum, sie von der Hand zu weisen, sondern um die Schaffung eines Rahmens, der es erlaubt, zu reden, zuzuhören, zu lernen und sich von unseren Unterschieden inspirieren zu lassen. Natürlich führt Mobilität zu einer Zunahme von Spannungen und Ungleichheiten. Natürlich ist die neue Zusammensetzung der europäischen Identität manchmal schmerzhaft, kompliziert und spannungsreich – aber sie ist ebenso spannend, impulsgebend und bereichernd. In jedem Fall sind solche Spannungen ein integraler Bestandteil der europäischen historischen Erfahrung. Es gibt keine einzige europäische Identität. Ganz im Gegenteil: In Europa gibt es seit Jahrtausenden viele verschiedene kulturelle Gruppierungen.

Bei den interkulturellen Bestrebungen für Europa geht es nicht um die Schaffung einer gesteigerten Wahrnehmung des „Anderen“, sondern um das Verständnis der Realität und Authentizität der Erfahrung eines Jeden. Jeder von uns hat „ethnische“ oder nationale Hintergründe, aber wir haben auch persönliche Identitäten: als Eltern, als (Nicht-) Gläubige, als Männer oder Frauen, als Bürger mit unterschiedlichen Positionen im Arbeitsumfeld. Wir haben professionelle und kulturelle Identitäten und Lebensstile. Wir haben gemeinsame Erwartungen und begegnen uns in einer Vielfalt von Gruppen. Diese unzähligen Identitäten, ob stark oder schwächer ausgeprägt, befinden sich in einem Prozess ständiger Hinterfragung und Wandlung. Sie sollten unser Selbstbewusstsein definieren und stärken und unsere Verbundenheit miteinander fördern.

Die Achtung kultureller Vielfalt und der Menschenrechte hilft uns dabei, unsere Fähigkeit zum Wandel zu üben. Eine Konfrontation mit anderen Realitäten ist eine ausgezeichnete Vorbereitung für die Begegnung mit einer unbekanntem – und letztlich miteinander geteilten – Zukunft. Der Erwerb interkultureller Kompetenz² von Personen, Organisationen wie auch Gemeinschaften braucht unterstützende Rahmenbedingungen, eine Strategie der Chancengleichheit, Bildungs- und Finanzierungsmöglichkeiten. Bislang haben wir kaum begonnen, diesen Prozess ernsthaft in Angriff zu nehmen. Es gibt sogar gute Gründe, über die Möglichkeit eines solchen Austauschs in Europa beunruhigt zu sein. Ausgrenzung und angebliche kulturelle Klüfte scheinen die öffentliche Ordnung und die Debatten zu bestimmen; dennoch: „wir selbst“ sind oftmals Teil des Systems der Vernachlässigung, Unwissenheit, Ausgrenzung oder Ausbeutung, die – meist unwillentlich – versteckte neue Formen der Apartheid in unserer Mitte nährt.

Europa braucht Bürger, die stolz darauf sein können, wer sie sind – und die diesen Stolz in der vielschichtigen Landschaft des Alltagslebens teilen. Wir schlängeln uns – als Einzelpersonen oder Mitglieder von Gruppen – durch diese kulturelle Landkarte, die verkompliziert wird durch (lokale oder globale) Machtkämpfe, und wir sind angehalten, uns aus verschiedenen, beständig wandelnden Positionen in Beziehung zueinander zu setzen. Hinweis: In diesem Prozess der Mobilität, des Wandels und der Transformation gibt es keine implizite Hierarchie der Kulturen, kein „besser“ oder „schlechter“. Andererseits muss es einige grundlegende, allgemein anerkannte Grundsätze geben. Sich auf diese zu einigen (oder vielmehr eine Sprache zu finden, um sie zu diskutieren) ist eine

² Interkulturelle Kompetenz ist die Fähigkeit erfolgreicher Kommunikation mit Menschen anderer Kulturen. Diese Fähigkeit kann jemand im jungen Alter erlernen, sie kann aber auch später entwickelt und ausgebaut werden. Die Grundlagen für erfolgreiche interkulturelle Kommunikation sind emotionale Kompetenz gepaart mit interkultureller Sensibilität.

Eine Person, die interkulturell kompetent ist, erfasst und versteht in der Interaktion mit Menschen fremder Kulturen ihre besonderen Wahrnehmungs-, Denk-, Gefühls- und Handlungskonzepte. Frühere Erfahrungen werden frei von Vorurteilen in Betracht gezogen; es besteht ein Interesse und eine Motivation, weiterhin zu lernen ([Wikipedia-Definition](#)).

zentrale Herausforderung. Innerhalb unserer „Nicht-Hierarchie der kulturellen Identitäten“ gibt es einen gestiegenen Bedarf an Werkzeugen, Sprachen und Systemen für den Austausch und die Diskussion.

3. Terminologie

Der Begriff des interkulturellen Dialogs ist gelinde gesagt unscharf. Die Plattform bevorzugt vielmehr den Begriff eines „Zusammenlebens und -schaffens“, oder den der „kulturellen Zusammenarbeit“: Dialog allein ist nicht ausreichend. Alles Interkulturelle ist schon von Natur aus „im Dialog“; interkulturelles Handeln – und Kompetenz – beinhaltet den Austausch von Erfahrungen, Ideen, Träumen, aber auch persönliche und organisatorische Herausforderungen. Wir müssen eine „shared community“, eine miteinander geteilte Gemeinschaft, aufbauen, an der alle teilhaben – mit einer Betonung auf dem aktiven Verb „aufbauen“ – eine Gemeinschaft, die Hilfsmittel, gemeinsame Bemühungen und Arbeitsweisen, Konzepte, Pläne, Architekten, Handwerker und Künstler, Förderer, Denker und letztendlich Einwohner einbezieht. Bei der Interkulturalität geht es um das „Tun“, nicht nur um das „Denken“. Dies geschieht an echten Orten, in Echtzeit, zwischen echten Menschen. Interkulturalität ist nicht abstrakt.

Angesichts der immensen „interkulturellen“ Herausforderungen unserer transkulturellen Zeit möchten wir, die Plattform, uns auf die neuen Formen der Vielfalt in Europa konzentrieren, die durch Migration und sich wandelnde geografische Begebenheiten entstanden ist. Es gibt heute keine größere globale Herausforderung als die der ständigen Interaktion und Kooperation zwischen verschiedenen Kulturen, Religionen und Völkern, die in unseren Städten und auf dem Land in Kontakt miteinander kommen. Die Europäische Union muss dies unbedingt in ihre Innen-, aber auch in ihre junge Außenpolitik einbringen. Die „Europäische Kulturagenda im Zeichen der Globalisierung“ und ihre dazugehörige „interkulturelle“ Agenda sind ein erster (aber bedeutender) Schritt nach vorn.

Wir sind besorgt darüber, wie mit dem Kulturbegriff in aktuellen Debatten umgegangen wird. Warum wird die Begegnung der Kulturen für die Ursache sozialer Unzufriedenheit gehalten und für Konflikte verantwortlich gemacht? Was ist aus der Diskussion über mehr endemische Faktoren wie wirtschaftliche und soziale Ungerechtigkeiten geworden? Die neuen Gräben sind mehr als nur kulturell, ethnisch oder religiös, und der interkulturelle Dialog wird diese weiteren gesellschaftlichen Herausforderungen nicht lösen. Tatsächlich müssen sich in der globalisierten Welt alle Kulturen mit den gleichen Fragen (wirtschaftlichen, sozialen, Umwelt-) auseinandersetzen. Der Kultur die Verantwortung in die Schuhe zu schieben – oder sie gar zu instrumentalisieren – wird seinen Zweck nicht erfüllen. Sich auf kulturelle Unterschiede zu beziehen kann vielmehr zu einer Strategie des „Sündenbock-Findens“ geraten. Eine tiefer gehende Analyse wird so ebenso vermieden wie mögliche radikale aber konstruktive Schritte.

Entsprechend versammelt das Rainbow-Paper Plattform-Teilnehmer hinter dem folgenden Verständnis interkulturellen Dialogs: „eine Reihe von konkreten Begegnungen, verankert in realem Raum und realer Zeit zwischen Einzelpersonen und/oder Gruppen mit unterschiedlichen ethnischen, kulturellen, religiösen und sprachlichen Hintergründen und kulturellem Erbe, mit dem Ziel, Verständnis, Bewusstsein, Einfühlungsvermögen und Respekt zu erforschen, zu erproben und zu steigern. Das eigentliche Ziel des interkulturellen Dialogs ist es, eine Umgebung zu gestalten, die kooperativ und gewillt ist,

politische und soziale Spannungen zu überwinden, sei es durch neue oder bestehende Strukturen (Verwaltung, Regierung, die öffentliche Meinung, Werte, Einstellungen)."
(Definition von Rainbow-Paper I)

Der interkulturelle Dialog konfrontiert uns alle, mit einer schwierigen Frage: Unter welchen sozialen Bedingungen leben wir eigentlich? Interkulturelles Handeln ist untrennbar von Menschen- und Bürgerrechten sowie von sozialer Gerechtigkeit. Eingliederung und Chancengleichheit sind Voraussetzungen für einen Dialog, der diesen Namen verdient.

Andererseits können die wirtschaftlichen und sozialen Gräben nicht die emotionale „Energie“ und die Dauerhaftigkeit von Konflikten erklären. In der Kultur geht es um „Bedeutung“, um Bestrebungen, Zusammenhalt und Austausch. Interkulturalität heißt im weiteren Sinne: Interesse an und Offenheit für diese Unterschiede.

Daher richtet die Plattform ein besonderes Augenmerk auf die Rolle der Kultur und der Künste in der Analyse der aktuellen Herausforderungen, die mit (kultureller) Vielfalt einhergehen. Sie möchte untersuchen, wie Kunst, Kultur und Zivilgesellschaft³ „Vielfalt verhandeln, aber nicht steuern.

³ „Zivile Gesellschaft“ bezieht sich auf den Schauplatz ungezwungener gemeinschaftlicher Aktion für gemeinsame/geteilte Interessen, Zwecke und Werte. Theoretisch sind ihre institutionellen Formen verschieden von denen des Staates, der Familie und des Marktes, obwohl in der Praxis die Grenzen zwischen Staat, Zivilgesellschaft, Familie und Markt oft komplexer Natur sind, unscharf und ausgehandelt. Die Zivilgesellschaft umfasst für gewöhnlich eine Vielzahl von Orten, Akteuren und institutionellen Formen, die im Grad der Formalität, der Autonomie und Macht divergieren. In Zivilgesellschaften findet man häufig Organisationen wie registrierte Wohltätigkeitsverbände, Entwicklungs-Nichtregierungsorganisationen, Gemeinschaftsgruppen, Frauenorganisationen, auf Glauben gründende Organisationen, Berufsassoziationen, Gewerkschaften, Selbsthilfegruppen, Sozialbewegungen, Geschäftsassoziationen, Koalitionen und Interessenvertretungen vor (Die Arbeitsdefinition der London School of Economics, Centre for Civil Society).

TEIL II: Ermutigung zum Handeln

1. Vorüberlegungen zu den Empfehlungen

Der interkulturelle Dialog, oder die verschiedenen verwandten Themen, nehmen in der akademischen Welt, in politischen Debatten und in zivilgesellschaftlichen Organisationen bereits viel Raum ein. Mit anderen Worten: Der interkulturelle Dialog ist kein unbeschriebenes Blatt.

Doch es bleibt noch viel zu tun. Aufbauend auf früheren Bemühungen ist das „Europäische Jahr des interkulturellen Dialogs“ eine Gelegenheit, die Richtung weiter zu bestimmen. Entsprechend möchte die Rainbow-Plattform als Initiative der Zivilgesellschaft nicht nur Forderungen an Politiker stellen, sondern die verschiedenen beteiligten Sektoren zum Handeln auffordern – die Plattform erkennt auch ihre eigene Verantwortung an. Einige dieser noch weiterzuentwickelnden Ideen sind unten aufgeführt.

HINWEIS: Die folgenden Überzeugungen und Bekenntnisse dienen dazu, einen Prozess anzuregen. Sie müssen noch nach Tragweite geordnet werden, wobei möglicherweise einige zu kombinieren oder abzulehnen sind. Nur Ihre zusätzlichen Anregungen und Standpunkte werden uns erlauben, dies zu tun.

Bitte lesen Sie die Anweisungen zur Konsultation, bevor Sie kommentieren oder Teil II bearbeiten.

⇒ Wir – die Plattform – sind der Auffassung, dass eine zentrale Herausforderung unserer globalisierten Welt darin besteht, vielschichtige Identitäten schätzen zu lernen.

Interkulturalität ist nicht bloß kultureller Relativismus. Es ist nicht so, dass alles gleichermaßen akzeptabel ist, sondern dass wir unter Berücksichtigung unserer Unterschiede darüber Entscheidungen zu treffen haben, was wann akzeptabel ist.

Deshalb begrüßen wir – die Teilnehmer der Plattform – das Europäische Jahr des interkulturellen Dialogs und wollen einen wesentlichen Beitrag in der Praxis (in unseren zivilgesellschaftlichen Organisationen) und vis-à-vis der Politik leisten. Wir wollen den Wandel, nachhaltigen Wandel – über das symbolische Jahr 2008 hinaus.

⇒ Wir – nichtstaatliche- und gemeinnützige Organisationen der Zivilgesellschaft – müssen uns angesichts der kulturellen Vielfalt für den Wandel befähigen. Wir brauchen

interkulturelle Kompetenzen in unserer Praxis, unserer Führung, und in unserer öffentlichen Darstellung: Wie können wir die „neue“ Heterogenität unserer Umgebung besser spiegeln? Wie viel weiter können wir gehen? Haben wir die menschlichen Fähigkeiten und Ressourcen, um einen „Dialog“ zu führen, um zusammenzuarbeiten, um die „neuen Communities“ einzubeziehen – oder umgekehrt: um Brücken zu bauen mit den Institutionen und Organisationen der alten Mehrheiten?

Das cross-kulturelle Arbeiten zwischen den Sektoren (von Kunst-Institutionen bis hin zu Menschenrechtsgruppen, von Roma-Initiativen bis hin zu Bildungs-Plattformen) erweist sich als nützlich, nicht nur, um die Vielzahl der Probleme zu verstehen, sondern auch, um mehr über unsere Verantwortung füreinander zu lernen. Wir verpflichten uns damit, die Probleme in diesem Sektor zu verstehen, Ziele zu setzen und ihre Umsetzung in den kommenden Jahren zu beobachten.

⇒ Wir – nichtstaatliche- und gemeinnützige Organisationen der Zivilgesellschaft – verlangen ein Umdenken in der öffentlichen Politik hin zu einer Standardsetzung und bessere Rahmenbedingungen für eine Politik der Vielfalt. Wir fordern die Entscheidungsträger auf,

Ausgrenzung, Ungerechtigkeiten und Menschenrechtsverletzungen, die mit kultureller Vielfalt einhergehen, aktiv zu bekämpfen. Wir fordern eine umfassende EU-Strategie und

einen Vorgehensplan mit klar gesetzten Zielen zum Ende des Jahres 2008 und wollen Mechanismen eingeführt sehen, die ihre Umsetzung nach 2008 kontrollieren. Wir verpflichten uns zu einer konstruktiven Partnerschaft mit den Entscheidungsträgern und dazu, unsere eigenen politischen Empfehlungen für die interkulturelle Politik einzubringen.

Nach diesen ersten Statements und gestützt auf die Vielfalt der Stimmen bei den Plattform-Treffen und Konsultationen möchten wir zwei Arten von Empfehlungen vorschlagen:

1. *Eine an uns, den zivilgesellschaftlichen Sektor, mit Konsequenzen für Kunst und Kultur und hoffentlich auch weitere Sektoren*
2. *Eine für die politischen Entscheidungsträger in Europa.*

Der Ausgangspunkt für diese Empfehlungen ist recht einfach: Im interkulturellen Dialog geht es nicht nur um bereichernde Begegnungen zwischen Einzelpersonen, sondern darum, schrittweise die richtigen Bedingungen für solche Begegnungen, für mehr Interaktion und Zusammenarbeit zu schaffen. In anderen Worten: Der interkulturelle Dialog sollte ein Anlass zum Feiern, zur Erkundung und Umgestaltung sein.

2. Freiwillige Verpflichtungen zivilgesellschaftlicher Organisationen

HINWEIS: Die Vorschläge⁴ werden, sobald sie durch die öffentliche Befragung verfeinert sind, Grundlage für eine Reihe freiwilliger Selbstverpflichtungen zivilgesellschaftlicher Organisationen sein. (Ein Unterzeichnungsprozess ist vorgesehen). Organisationen werden gebeten sein, sich mit diesen Fragen auseinanderzusetzen, Aktionspläne auszuarbeiten, sie umzusetzen, jährlich zu bewerten und öffentlich darüber zu berichten. Die Rainbow-Plattform wird den Stand der Dinge aufzeichnen und ihn in die Europäischen Kultur-Foren 2009 und 2010 einbringen.

- a. **MIT UNS SELBST BEGINNEN:** Der Ausdruck „Zivilgesellschaft“ ist keineswegs tugendhaft. Nichtstaatliche- bzw. gemeinnützige Gruppen verkörpern nicht automatisch „Zivilität“. Insbesondere bedeutet er nicht, dass wir der kulturellen Vielfalt in der Gesellschaft immer gerecht werden. In den zivilgesellschaftlichen Organisationen finden wir auch Menschen, die einem solchen Dialog unsicher gegenüber stehen, die mögliche Konflikte scheuen, die sich von der Einfachheit der Ausgrenzung verlocken lassen. Der interkulturelle Dialog muss wie die Nächstenliebe zu Hause beginnen. Jede zivilgesellschaftliche Organisation muss „vor ihrer eigenen Haustür kehren“, oder besser zunächst einmal in ihrem eigenen Haus: Die Plattform ermutigt uns alle dazu, darüber nachzudenken, wie wir kulturelle Vielfalt reflektieren und auf sie reagieren.
- b. **UNSERE WIDERSPRÜCHE EINGESTEHEN:** Selbst die besten Absichten verändern keine Praxis. Parallel bestehende Weltbilder werden durch eine Verleugnung der Wirklichkeit aufrechterhalten. Die Wirklichkeit vieler wohlmeinender staatsbürgerlicher Organisationen sieht so aus, dass sie „weiß“ und „elitär“ sind und Strukturen und Arbeitsweisen wiederholen, die sie moralisch

⁴ Einige zivilgesellschaftliche Organisationen sind in Bezug auf die folgenden Vorschläge weiter fortgeschritten als andere. Die Weitergabe von Wissen ist notwendig. Größere Ressourcen sind hierfür unabdingbar.

Diese allgemeinen Vorschläge werden bereits zunehmend in der lebendigen tagtäglichen Kunstpraxis vorgelebt. Im Konsultationsprozess sind frische Ansichten aus anderen Sektoren besonders willkommen.

möglicherweise ablehnen. Aber wenn sie nicht tun, was sie predigen, verlieren sie in den Augen anderer kultureller Gruppierungen ihre Glaubwürdigkeit. Organisationen, die ihre Mitglieder aus Einwanderergruppen rekrutieren oder ihnen dienen, können umgekehrt ebenso ausgrenzend operieren (wenn auch möglicherweise aus legitimeren Gründen). Obwohl sie in ihrer Art Schutz vor sozialem Druck bieten oder soziale Ausgrenzung bekämpfen, sind „Dialog“ und Zusammenarbeit vermutlich noch nicht ihr Ziel. Aber sie sollten auch ihr menschliches Umfeld so behandeln, wie sie von ihm behandelt werden wollen. Wir alle müssen uns diese Widersprüche eingestehen, sie verstehen und angehen.

- c. **ORTE FÜR KÜNSTLERISCHES SCHAFFEN MÜSSEN „INTERKULTIVIERT“ WERDEN:** Wir müssen Kunstorte schaffen und erhalten, die von verschiedenen Bürgergruppen und Künstlern gemeinsam genutzt werden. Genauer gesagt, interdisziplinäre und interkulturelle Zentren sollten von Seiten der öffentlichen Hand vorrangig behandelt werden. Dies erfordert Ausbildung, die Renovierung/Neu-Erfindung von Kulturgebäuden und neue Kommunikations- sowie Einbeziehungs-Strategien, die den interkulturellen Imperativ widerspiegeln.
- d. **ANDERE EINLADEN, AN DER MACHT TEILZUHABEN:** Zivilgesellschaftliche Organisationen (und ihre Netzwerke), müssen ihre Machtstrukturen analysieren (sowohl ihr Management wie auch ihre Organisationsstrukturen). Wie sind ihre Gremien zusammengesetzt? Spiegeln sie die sich verändernde Zusammensetzung des gesellschaftlichen Umfelds? Ist die Machtteilhabe von Repräsentanten neuer Bevölkerungsgruppen Praxis, eine Ausnahme oder möglicherweise ein Alibi? Wie setzen sich die Mitarbeiter der zivilgesellschaftlichen Organisationen zusammen? Spiegeln sie das sich wandelnde gesellschaftliche Umfeld wider? Wenn nicht, warum nicht? Welche Maßnahmen müssen ergriffen werden, um eine Mitarbeiterschaft mit Migrations- oder Minderheitenhintergrund aufzunehmen, zu qualifizieren und ihnen Entscheidungsbefugnisse zu übertragen? Für Organisationen, die von und für Minderheiten oder Einwanderergruppen gebildet worden sind, sind diese Fragen selbstverständlich wesentlich schwieriger, aber letztlich müssen auch sie sie stellen. Lassen Sie uns jede Gelegenheit nutzen, unsere Personal- und Organisationsstrukturen so vielfältig wie unser Umfeld zu gestalten.
- e. **ZUSAMMENARBEITEN:** Zivilgesellschaftliche Organisationen arbeiten bereits quer über kulturelle Gruppen, sehr oft ist das ihre eigentliche Daseinsberechtigung; trotzdem müssen Arbeitspraktiken der Zusammenarbeit aktiver unterstützt werden, eher, als der anderen kulturellen Gruppe bloß „Hilfe“ zu leisten oder sie zu „unterstützen“. Arbeitskompetenzen müssen vermittelt werden.
- f. **KREATIVES LERNEN:** Theater-, Tanz- oder Opern-Arbeit erfordert viel Gefühl. Jedes gemeinsam entstehende Kunstwerk ist ein Experiment der Harmonisierung ohne Homogenisierung; bestimmte Talente verpflichteter Künstler werden ausgeschöpft, ohne dass so ihre individuelle kulturelle Intelligenz beeinträchtigt würde. Aus diesen künstlerischen Experimenten, die auf der ganzen Welt stattfinden, lassen sich wertvolle Lehren ziehen für den Umgang mit potentiellen kulturellen Konflikten. Umgekehrt sollten wir die Mechanismen gesellschaftlicher Prozesse herausarbeiten und Bezüge zu anderen Lebensbereichen herstellen.
- g. **PROZESS UND CO-PRODUKTION:** Das Im- und Exportieren von Kunst erfüllt nur einen begrenzten Zweck. Das Publikum sieht, konsumiert und applaudiert. Künstler reisen, führen auf und fahren ab. Die Berührungsfläche besteht lediglich innerhalb des Theaters, des Konzertsaals oder des Museums und auch hier nur für kurze Zeit. Gastveranstaltungen grenzen oftmals unabhängig von ihrer Qualität oder ihrem Herkunftsland an Exotismus. Wir können diesen oberflächlichen Internationalismus vermeiden, indem wir flüchtige Kontakte in langfristige,

kooperative Beziehungen verwandeln. Das Ziel muss in der „Co-Creation“ liegen, mit echten Wissenstransfers und einem Lernen über kulturelle Grenzen hinweg. Oder mit anderen Worten: Das Ziel muss eher „Co-Creation“ als gegenseitiges Konsumieren sein.

- h. EINER GRÖßEREN GEMEINSCHAFT DIENEN: Zivilgesellschaftliche Organisationen (und ihre Netzwerke) müssen ihre Arbeitsprogramme analysieren. An welche Zielgruppen wenden sie sich? Wem dienen sie? Wer entscheidet – und wie – über die Zielgruppen und über Ressourcen, die eingesetzt werden um ein Publikum zu erreichen, das über ihr traditionelles hinausgeht? Dieses Denken muss über interkulturelle Grenzen hinweg geteilt werden, und zwar mit Respekt und Bewunderung für die unterschiedlichen sozialen Verhaltensweisen. Lassen Sie uns alle diese Fragen konfrontieren.
- i. IN REFLEXION UND WANDEL INVESTIEREN: Zivilgesellschaftliche Organisationen (und ihre Netzwerke), müssen innerhalb eines interkulturellen Rahmens lernen. Interne Prozesse der Reflexion brauchen Zeit, besondere Aufmerksamkeit und Planung. Ein Wandel in der Führungsstruktur, der Personalzusammensetzung und in den Arbeitsabläufen wird sich nicht im Handumdrehen vollziehen; im Gegenteil, verdeckter Widerstand oder Ablehnung ist „nur natürlich“. Es mag „gute Argumente“ geben, um Wandel zu vermeiden (zum Beispiel das „Qualitäts-Argument“, das Organisationen von Veränderungen abhält, etwa: „Wir finden einfach nicht die richtigen Leute“), aber diese müssen konsequent und vernünftig unter die Lupe genommen werden.
- j. AUSBILDUNG UND TRAINING: Wir müssen lernen, Fähigkeiten miteinander zu teilen. „Betreuungs-Programme“ sollten unterstützt werden, die es Künstlern und kulturellen Akteuren mit Kernkompetenzen in einem Wirkungsbereich erlauben, als Mentor zu handeln und ihr Wissen an Menschen zu vermitteln, die in anderen Sektoren arbeiten. Ebenso müssen Bildungsprogramme entwickelt werden, die es aufstrebenden Künstlern und kulturellen Akteuren ermöglichen, ein enges Arbeitsverhältnis mit ausgebildeten Fachkräften aus dem Bereich der Sozial- und Bildungsarbeit aufzunehmen. Es geht darum, die Lernfähigkeit zu erhöhen und den Erwerb interkultureller Kompetenz zu beschleunigen.
- k. ANDERE ARBEITSBEREICHE EINBEZIEHEN: Zivilgesellschaftliche Organisationen (und ihre Netzwerke) operieren überwiegend isoliert. Doch sektorenübergreifende Reflexion und Kooperation sind eine nützliche Quelle für gegenseitige Inspiration, Lernprozesse und unerwartete Synergie-Effekte. Die Rainbow-Plattform hilft, diese Zusammenarbeit zu erleichtern. Lassen Sie uns alle weiterhin auf diesem Weg voranschreiten.
- l. TRANSNATIONALE NETZWERKE: Sie können zu Konsortien führen, die unterschiedliche Vorstellungen zusammenbringen, Projekte anregen und Programme initiieren. Sie können zu einer gesunden Auseinandersetzung mit Methoden und Zielsetzungen führen. Sie schaffen eine praktische Grundlage für den Austausch und die Co-Produktion. Transnationale Netzwerke müssen deshalb unterstützt werden.

3. Empfehlungen für europäische Maßnahmen

HINWEIS: Die folgenden Empfehlungen wurden aus verschiedenen Vorschlägen zusammengestellt. Sie sind weder nach Vorrangigkeit geordnet, noch sind sie vereinheitlicht. Dies wird später geschehen. Wir wiederholen, dass es sich hier um ein „work in progress“ handelt. Die Empfehlungen sind allesamt offen für Veränderung, Anpassung oder Ablehnung. Nur Sie können den Inhalt und die Form verbessern, um die Position der beteiligten Sektoren so klar und eindringlich wie möglich zu gestalten. Bitte teilen Sie uns mit, was Sie denken.

- a. Wir appellieren an alle relevanten staatlichen Stellen, das Europäische Jahr des interkulturellen Dialogs 2008 mit der Annahme einer Reihe umfassender politischer Empfehlungen auf nationaler und europäischer Ebene abzuschließen. Wir sind uns im Klaren darüber, dass dies nicht zu unmittelbaren gesetzgeberischen Maßnahmen führen wird; trotzdem bildet die Setzung von Standards, die auf Verhandlungen mit und innerhalb der Zivilgesellschaft beruhen, die Grundlage für die Überwindung traditioneller politischer Ansätze.
- b. Wir appellieren an alle relevanten staatlichen Stellen, Mechanismen zur Beobachtung und Berichterstattung über die Praxis des interkulturellen Dialogs einzurichten, die die Zivilgesellschaft einbeziehen. Wer diese Beobachtung und Berichterstattung durchführt, muss vereinbart werden.
- c. Wir appellieren an die europäischen Institutionen, Mechanismen und Ressourcen zur Verfügung zu stellen, die es erlauben, der Politik der „kulturellen Vielfalt“ und des „interkulturellen Dialogs“ in ihren Programmen ein besonderes Gewicht zu verleihen (besonders in den Bereichen Jugend, Bildung, Zivilgesellschaft, Kultur, Soziales, Medien, Forschung, Außenbeziehungen, Erweiterungspolitik usw.). Die kulturellen Foren 2009 und 2010 werden den passenden Rahmen für eine Berichterstattung über die Fortschritte bei diesem „Mainstreaming“ bieten (Ziele, finanzielle und programmatische Instrumente, Kontroll-Mechanismen).
- d. Wir appellieren an die europäischen Behörden, Organisationen der Zivilgesellschaft und ihre Netzwerke zu unterstützen, um ihre Praxis durch spezifische Fördermaßnahmen zu verbessern (in der Reflexion, Führung, in den operativen Strukturen und im Sinne einer Überarbeitung der programmatischen Aktivitäten, siehe oben).
- e. Wir appellieren an die europäischen Behörden, ergänzend zur inneren Entwicklung einer „interkulturellen“ europäischen Agenda globale Konzepte der Interkulturalität zu fördern, und zwar mit einer Aussicht auf „interkulturelle“ Außenbeziehungen.
- f. Wir appellieren an die europäischen Behörden, die „Lissabon-Agenda“ anzupassen und sich auch weg von einer vorwiegend ökonomischen Agenda (der Wettbewerbsfähigkeit) hin zu einer Agenda der Bürger zu bewegen, die Bürgerschaft neu definiert mit Blick auf alle Menschen, die in Europa leben; die Kreativität neu definiert und die Erschließung der Ressourcen neuer und alter Bevölkerungsgruppen ermöglicht.
- g. Wir appellieren an die Europäische Kommission, geeignete Programme und Projekte durchzuführen, die auf die Integration von Migranten, Roma und anderen benachteiligten Minderheiten in den Schulen abzielen. Insbesondere das EU-Programm „Allgemeine und berufliche Bildung 2010“ (Education and Training 2010) sollte eine Verbesserung der Bildungschancen der EU-Minderheiten anstreben.

- h. Wir appellieren an die Europäische Kommission, Programme und Projekte durchzuführen, die darauf abzielen, die Diskriminierung in den Schulen zu beseitigen. Die folgenden Aktivitäten sollten einbezogen werden:
- Sensibilisierungskampagnen zur Antidiskriminierung in der Schule
 - Antidiskriminierungs- und interkulturelles Training der Lehrer, des Verwaltungspersonals von Schulen und der Elternverbände
 - Einführung von Lehrplanänderungen mit dem Zweck, über Minderheitenkulturen zu informieren
 - die Umsetzung von Plänen für kulturelle Mediation in Schulen, wo immer sie notwendig ist.
- i. Wir appellieren an die Europäische Kommission, sicherzustellen, dass der interkulturelle Dialog systematisiert und zu einem Schwerpunkt der Inter-Service-Gruppe für Kultur bei der Europäischen Kommission wird. Diese Inter-Service-Gruppe sollte nicht nur dem Informationsaustausch dienen, sondern ein Ort für die Maßnahmengestaltung zur Förderung des interkulturellen Dialogs mit einem sektorübergreifenden Ansatz in allen EU-Aufgabengebieten sein.
- j. Wir appellieren an die nationalen Regierungen der EU, die Zivilgesellschaft unmittelbarer und stärker in die „Offene Koordinationsmethode“ im Kulturbereich einzubeziehen (sowohl auf nationaler wie auch auf europäischer Ebene) und auf eine „europäische Norm“ für die Kulturförderung im Allgemeinen und eine Akzentsetzung auf den interkulturellen Dialog hinzuarbeiten.
- k. Wir appellieren an die EU-Institutionen und die Mitgliedstaaten, sicherzustellen, dass der Begriff der „Interkulturalität“ im Bildungsbereich so erweitert wird, dass er im Sinne einer Entwicklung von sozialen, interkulturellen und bürgerlichen Kompetenzen⁵ alle kulturellen Gruppen umfasst und nicht nur auf ethnische Minderheiten abzielt.
- l. Wir appellieren an die EU-Institutionen und die Mitgliedstaaten, dafür zu sorgen, dass:
- Nicht-Diskriminierung und Chancengleichheit in den Mittelpunkt des Schulsystems gerückt werden, einschließlich der Forschung und Datenerhebung zum Erwerb von Kernkompetenzen ethnischer Minderheiten;
 - als Teil der Kernkompetenzen, die jeder Schüler braucht, eine stärkere Betonung auf die soziale und interkulturelle Kompetenz gelegt wird und darauf, wie Schulen dieses Ziel erreichen;
 - neue Formen des Lehrens und Lernens besser genutzt werden, um die Bedürfnisse von Schülern mit verschiedenem Minderheitenhintergrund zu berücksichtigen;
 - Vorbilder aus der informellen Bildung wie sie NROs fördern in das Schulsystem der Mitgliedstaaten integriert werden;
 - die Ergebnisse der Life Long Learning Programme (LLP), insbesondere die gegenseitige Befruchtung von Forschung und Praxis aus sektoralen Programmen der LLP, besser in den nationalen Bildungssystemen der Mitgliedstaaten verbreitet werden.
- m. Wir appellieren an die Europäische Union, alle notwendigen Schritte zu tun, um im Rahmen des Vermächnisses des „Europäischen Jahres der Chancengleichheit

⁵ Während interkulturelle Kompetenz zu den Schlüsselkompetenzen zählt, wirft die Arbeit im Bereich interkultureller Beziehungen konzeptionelle und operative Schwierigkeiten auf. Interkulturelle Initiativen und Austausch im EU-Kontext haben sich bisher auf die Förderung des Verstehens zwischen Nationalkulturen und -unterschieden konzentriert und nicht auf Themen der kulturellen und Wertkonflikte oder die Machtdifferenzen zwischen Minderheits-/Mehrheitskulturen. Dieser Ansatz vernachlässigt die Tatsache, dass interkultureller Kontakt in Bezug auf ethnische Minderheiten häufig durch asymmetrische Machtbeziehungen charakterisiert ist und oft durch rassistische Ideologien untermauert wird.

für alle“ 2007 die notwendigen Bedingungen für konstruktiven interkulturellen Dialog zu schaffen oder zu stärken. Sowohl 2007 wie auch 2008 fördern die soziale Integration, Gleichstellung, eine verantwortungsvolle und aktive Bürgerschaft sowie ein erhöhtes Wohlbefinden für alle. Eine wichtige Schlussfolgerung des „Europäischen Jahres der Chancengleichheit für alle“ 2007 betraf die Notwendigkeit, erreichte Leistungen weiter zu verfolgen, indem die Bemühungen bei der Abwendung und Bekämpfung von Diskriminierungen aus Gründen des Geschlechts, der Rasse oder der ethnischen Herkunft, der Religion oder der Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Ausrichtung, in- und außerhalb des Arbeitsmarktes verstärkt werden, und in vollem Umfang den spezifischen Problemen Rechnung zu tragen, die aus vielfacher Diskriminierung entstehen, etwa bei Gesetzesentwürfen und bei der Beobachtung und Evaluation von Maßnahmen und Förderprogrammen.

- n. Wir empfehlen, dass das Streben nach einer fairen und gleichen Behandlung aller Einwohner der Europäischen Union (*d.h., dass sie vollen und gleichberechtigten Zugang zu Beschäftigung, Wohnung, Bildung und Ausbildung sowie zu Waren und Dienstleistungen erhalten durch die Verabschiedung neuer Gesetze gegen Diskriminierung aufgrund von Alter, Religion, Behinderung und sexueller Orientierung*) integriert wird in die Verpflichtung zum interkulturellen Dialog als praktische Voraussetzung einer solchen Arbeit.
- o. In Anbetracht dessen, dass Chancengleichheit ein wesentlicher Erfolgsfaktor für jeden zukünftigen interkulturellen und interreligiösen Dialog ist, empfehlen wir, dass die Europäische Union die Anti-Rassismus- und Nicht-Diskriminierungs-Politik im Feld des interkulturellen Dialogs in den Vordergrund rückt, um sicherzustellen, dass alle Einwohner der EU die gleichen Möglichkeiten haben, am interkulturellen und interreligiösen Dialog teilzunehmen.
- p. Die UNESCO-Konvention zum Schutz und zur Förderung der Vielfalt kultureller Ausdrucksformen ist EU-Recht geworden. Folglich muss ihre Innen- und Außenpolitik entsprechend angepasst werden und zur Umsetzung der darin enthaltenen Bestimmungen aktiv beitragen. In Anbetracht dessen appellieren wir an die Europäische Union, kulturelle Güter und Dienstleistungen in gleichem Maße wie nicht-kommerzielle kulturelle Ausdrucksformen bei der Umsetzung dieses Übereinkommens zu berücksichtigen. Wir fordern, dass die Konvention gleichermaßen als Instrument für die Förderung von Vielfalt in der europäischen Kulturindustrie und für die Förderung des interkulturellen Dialogs in Europa (und international) angewandt wird, und diesbezüglich ein besonderes Augenmerk auf die Förderung des kulturellen Ausdrucks von Minderheiten gerichtet wird (Art. 2,3 und 7.1a).
- q. Wir appellieren an die Institutionen der EU, die Verteilung der Fördermittel im Rahmen des Programms „Kultur“ (2007-2013) bei der Gestaltung der nächsten Generation des Programms zu überdenken. Das Ziel dieses Programms ist es, einen gemeinsamen europäischen Kulturraum zu schaffen. Projekte, die im Rahmen des Programms gefördert werden, sollen so viele Bürger wie möglich erreichen, und zwar nicht nur als Endempfänger, sondern als aktive Teilnehmer. Die Förderung vieler Projekte in kleinem Maßstab würde diesen Ansatz widerspiegeln. Trotz des höheren Budgets (400 Millionen Euro anstatt der 256 Millionen Euro des Vorgänger-Programms „Kultur 2000“) fördert das neue Programm nur halb so viele Projekte. Dies wird Interkulturalität vor Ort nicht fördern.
- r. Das Programm „Kultur 2000“ unterstützte zwischen fünf und zehn Kooperationsprojekte, die weitgehend in Drittländern stattfanden und sich großer Beliebtheit erfreuten. Dies war auch bei der ersten Ausschreibung von Projekten im Rahmen des neuen Programms 2007-2013 der Fall. Seit der zweiten

Ausschreibung im Jahr 2008 jedoch sind Projekte mit Nicht-EU-Partnern nur mit einzelnen, vorbestimmten Ländern zulässig. Dies widerspricht der Absicht, den interkulturellen Dialog auf einer internationalen Ebene zu unterstützen. Wir appellieren an die EU-Institutionen, sicherzustellen, in der nächsten Generation des „Kultur“ Programms eine Reihe von Projekten mit Drittländern zu ermöglichen, die nicht vorher festgelegt wurden.

- s. Wir fordern, dass beträchtliche wirtschaftliche Ressourcen für den interkulturellen Dialog zur Verfügung gestellt werden. Dies ist das Kernstück der Herausforderung interkultureller Politik für die Europäische Union, ebenso wie für die nationalen und lokalen Regierungen. Ohne Investitionen wird es keine sichtbaren Ergebnisse geben. Zum Beispiel könnte in allen relevanten EU-Programmen ein bestimmter Prozentsatz des jeweiligen Haushalts für interkulturelle Initiativen vorgesehen werden. Dies würde Entscheidungsträger darin bestärken, den „interkulturellen Faktor“ bei der Entwicklung von Strategien für ihre Sektoren zu berücksichtigen. Eine Art interkultureller Steuer auf jeden Programmhaushalt würde die Bedeutung des Interkulturellen als Kern des europäischen Projekts unterstreichen.
- t. Öffentliche Sensibilisierungskampagnen der Europäischen Kommission wie „Für Vielfalt. Gegen Diskriminierung“ scheinen genau die Menschen nicht zu erreichen, die Minderheiten diskriminieren oder sie von der Teilnahme am gesellschaftlichen Dialog fernhalten. Wir appellieren daher an die Europäische Kommission, solchen Projekten Priorität zu geben, die auf Gruppen abzielen, bei denen Veränderungen erforderlich sind. Wo der Schwerpunkt auf der Sensibilisierung liegt (z.B. in der Rechtserziehung), sollten Kampagnen deutlicher spezifische Gruppen – wie die der Roma – adressieren, wobei die besonderen Merkmale der verschiedenen Mitgliedstaaten berücksichtigt werden müssen. Aufmerksamkeit muss auch der Tatsache geschenkt werden, dass die derzeit von der Europäischen Kommission bevorzugte Internet-Kommunikation unterprivilegierte Jugendliche nicht erreicht, wie etwa viele Roma-Jugendliche in den neuen Mitgliedstaaten.

...